für die Ortsgemeinde Schweighausen

AZ: GB 3

22 DS 16/ 0037

Sachbearbeiter: Herr Anderie

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Ortsgemeinderat Schweighausen	öffentlich	

Widmung der Verkehrsanlage "Gartenstraße" für den öffentlichen Verkehr gemäß § 36 Landesstraßengesetz (LStrG)**Sachverhalt:**

Eingangs wird auf die Beachtung möglicherweise vorliegender Ausschließungsgründe nach § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) sowie die aus § 22 Abs. 5 Satz 1 GemO resultierende Verpflichtung jedes Mandatsträgers hingewiesen, dem Vorsitzenden vor Beginn der Beratungen evtl. Ausschließungsgründe mitzuteilen.

Die Verkehrsanlage „Gartenstraße“ in Schweighausen ist eine Innerortsstraße, die von der Nassauer Straße (Ortsdurchfahrt der K 9) abzweigt und nach längerem Verlauf mit einer Wendemöglichkeit (Wendehammer) endet. Sie liegt im räumlichen Geltungsbereich der Bebauungspläne „Gartenstraße“ und „Gartenstraße, 1 Erweiterung“ der Ortsgemeinde Schweighausen“ und ist dort als Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Dies gilt auch für den Teilbereich der Gartenstraße, der teilweise über die Wegeparzelle mit der Lagebezeichnung „Braubacher Weg“ (Flur 1, Flurstück 49) verläuft. Kurz nach der Einmündung von der Nassauer Straße aus befindet sich neben der Fahrbahn eine kleine Parkfläche.

Die Verkehrsanlage „Gartenstraße“ wird schon seit vielen Jahren tatsächlich für den öffentlichen Verkehr genutzt. Eine förmliche Widmung für den öffentlichen Verkehr, die den Anforderungen des Straßenrechts genügt, ist nach der Aktenlage und den Erkenntnissen der Verwaltung jedoch nicht nachweisbar. Seit dem Inkrafttreten des Landesstraßengesetzes (LStrG) im April 1963 ist eine Widmung durch schlüssiges Verhalten nicht mehr möglich, sondern eine Widmung erfordert die Einhaltung bestimmter gesetzlicher Voraussetzungen. Diese sind in § 36 LStrG im Einzelnen geregelt. Die Tatsache, dass eine Straße schon seit Jahren tatsächlich durch den öffentlichen Verkehr nutzbar ist und genutzt wird, reicht für eine straßenrechtliche Widmung nicht aus. Diese tatsächliche öffentliche Nutzung führt lediglich dazu, dass es sich um eine öffentliche Straße im Sinne des Straßenverkehrsrechts (StVO) handelt, auf den die Vorschriften des Straßenverkehrsrechts Anwendung finden.

Durch den Widmungsakt wird eine Straße zur „öffentlichen Straße“ im Rechtssinne, d.h. es wird an ihr der sog. Gemeingebrauch begründet (jedermann darf die Straße im Rahmen der Widmung und der Verkehrsvorschriften nutzen, § 34 Abs. 1 Satz 1 LStrG). Der öffentlich-rechtliche Status der Straße wird begründet und es sind eine Vielzahl rechtlicher Folgen mit der Widmung verbunden (so finden u.a. generell die Vorschriften des LStrG über Gemeingebrauch, Sondernutzung, Anliegergebrauch, Straßenreinigung usw. Anwendung; auch werden die Rechte und Pflichten der Ortsgemeinde als Straßenbaulastträger begründet und die Öffentlichkeit einer Straße ist gerade auch für das Beitragsrecht bedeutsam).

Die Widmung zur öffentlichen Straße setzt neben einem Beschluss des Ortsgemeinderates den Erlass einer Widmungsverfügung (Allgemeinverfügung) voraus, die öffentlich bekanntzumachen ist. Erst hierdurch erlangt eine Widmung ihre rechtliche Wirksamkeit.

Die Verwaltung empfiehlt von daher, aus Gründen der Rechtssicherheit die Widmung der Gartenstraße entsprechend den rechtlichen Anforderungen nachzuholen.

Der Inhalt der Widmung wurde intern mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Verkehrsanlage „Gartenstraße“ in Schweighausen (Parzellen Flur 1, Flurstücke 72, 44/5, 49 teilweise, 64/3, 63 teilweise) wird gemäß § 36 Landesstraßengesetz (LStrG) als Gemeindestraße (§ 3 Nr. 3 a LStrG) für den uneingeschränkten öffentlichen Verkehr gewidmet. Die Benutzung der Parkeinstände auf der sich neben der Fahrbahn befindlichen Parkfläche wird auf Personenkraftwagen und Krafträder beschränkt.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister